

Initiativkomitee der Klima-Initiative «Hochdorf ist bereit für emissionsfreie Fahrzeuge»

Web: <https://www.hochdorf-emissionsfrei.ch>

## **Freiheit statt Sachzwänge beim Laden von Elektroautos in Sammelgaragen**

### **Stellungnahme des Initiativkomitees zur Haltung des Gemeinderates zur Klima-Initiative «Hochdorf ist bereit für emissionsfreie Fahrzeuge»**

Hochdorf, den 25. Oktober 2023

Ende August 2023 veröffentlichte der Gemeinderat von Hochdorf seine Haltung zur Hochdorfer Klima-Initiative «Hochdorf ist bereit für emissionsfreie Fahrzeuge». Nun präsentiert das Initiativkomitee seine Antwort darauf und untermauert diese mit Zahlen. Das Initiativkomitee hält an der Initiative fest. Diese kommt daher am 26. November 2023 in der Gemeinde Hochdorf definitiv zur Abstimmung.

Die Klimainitiative «Hochdorf ist bereit für emissionsfreie Fahrzeuge» sieht vor, dass innert drei Jahren in den Sammelgaragen von Mehrfamilienhäusern in der Gemeinde Hochdorf mit mindestens fünf Parkplätzen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass alle Parkplatzbenutzenden frei sind, auf eigene Kosten eine Ladestation für ein Elektroauto zu installieren. Mit diesen Voraussetzungen ist die gemeinsame Basisinfrastruktur fürs Laden gemeint. Diese umfasst neben Stromanschluss und -verteilung ein Lastmanagement, mit dem der Strombezug auf den verschiedenen Parkplätzen so gesteuert wird, dass die Kapazität des Stromanschlusses eingehalten wird. Weiter gehört ein Abrechnungssystem dazu.

Aus Sicht des Initiativkomitees ist diese Initiative für einen wirkungsvollen Klimaschutz erforderlich. Um einen Anstieg des Meeresspiegels um mehrere Meter und weitere besonders schlimme Klimafolgen noch abzuwenden, braucht es rasches Handeln. Dabei ist die Einhaltung des Ziels zentral, die Erderwärmung gegenüber der vorindustriellen Zeit auf 1.5 °C zu begrenzen. Dafür steht laut dem Weltklimarat nur noch ein geringes Restbudget an CO<sub>2</sub>-Emissionen zur Verfügung, ab 2020 nur noch zehn Mal die Emissionen von 2019. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Personewagen machen schweizweit 21 % der Treibhausgasemissionen aus. Für die Einhaltung des verbleibenden CO<sub>2</sub>-Restbudgets für das 1.5 °C Klimaziel ist es daher wichtig, dass möglichst bald jedes neu gekaufte Auto im Betrieb emissionsfrei ist, so dass rechtzeitig alle Autos emissionsfrei werden.

Ein Hindernis ist jedoch, dass in vielen Sammelgaragen die Möglichkeit fehlt, Ladestationen zum Laden von Elektroautos zu installieren, weil die dafür notwendige Basisinfrastruktur nicht vorhanden ist. Laut Informationen des Kantons wurde bisher in der Gemeinde Hochdorf erst in 11 Sammelgaragen die entsprechende Basisinfrastruktur mit Unterstützung kantonaler Förderbeiträge installiert. Insgesamt gibt es in der Gemeinde allerdings über 80 grössere Sammelgaragen. Aus Sicht des Initiativkomitees stellt dies ein grosses Hindernis für die Umstellung auf im Betrieb emissionsfreie Fahrzeuge dar. Für viele Autofahrerinnen und Autofahrer ist die Möglichkeit, ihr Auto zu Hause laden zu können, ein entscheidendes Kriterium, um beim Kauf eines Autos ein Elektroauto in Betracht zu ziehen. Der Grund dafür ist, dass das Laden normalerweise lange dauert, so dass dies am besten zu Hause erfolgt.

Die Initiative schlägt vor, dies zu ändern. Wie das Bundesgericht hervorhob, zeichnet sich die Initiative dabei dadurch aus, dass sie das Verhältnis zwischen Mietpartei und Vermieterschaft sowie unter Stockwerkeigentümern/innen entlastet. Die Initiative erspart langwierige Diskussionen.

Der Gemeinderat hatte Bedenken geäussert, dass die Initiative grosse Kosten für die Gemeinde bedeuten könne. Dem widerspricht das Initiativkomitee. Private haben einen Mehrwert davon, wenn die

entsprechende Basisinfrastruktur in Gebäuden erstellt wird; ohne diesen Mehrwert werden Wohnungen später weniger einfach vermietet oder verkauft werden können. Von daher braucht es keine Entschädigung von Seiten der Gemeinde. Die Gemeinde kann zwar im Einzelfall mit kommunaler Förderung die Zumutbarkeit sicherstellen oder eine Ausnahme machen. Doch meistens wird dies nicht nötig sein. Das zeigt auch etwa die Grössenordnung der Kosten zur Errichtung der Basisinfrastruktur. Die Kosten liegen etwa bei 500 bis 1000 Franken pro Parkplatz, inkl. Stromanschluss. Der Kanton fördert dies mit bis zu 400 Franken pro Parkplatz. Auf die Nebenkosten übertragen bedeutet dies über 15 Jahre etwa 3 Franken pro Monat pro Parkplatz. Diese Kosten sind tragbar, insbesondere auch im Verhältnis zur hohen Bedeutung des Klimaschutzes.

Der Gemeinderat hatte weiter bemängelt, dass der Vollzug der Initiative aufwendig sei. Zur Vollzugskontrolle reicht allerdings nach einmaliger Erfassung des Stands im Wesentlichen eine Weiterleitung der Förderbestätigungen des Kantons an die Gemeinde aus.

Der Gemeinderat sieht als Lösungsbeitrag die Einführung einer Förderung von pauschal 300 Franken pro Parkplatz für die Ladeinfrastruktur vor, zusätzlich zur Förderung des Kantons. Er hat dafür 50'000 Franken ins Budget eingestellt. Ein solches Förderprogramm hat angesichts der rund 6'000 in Hochdorf registrierten Autos nur wenig Wirkung. Die Förderung reicht nur für 166 Parkplätze pro Jahr. «Die vom Gemeinderat vorgesehene Förderung nach Giesskannenprinzip ist ungerecht, weil die Giesskanne rasch leer ist und nur für wenige reicht. Der Aufbau der Ladeinfrastruktur erfolgt damit zudem zu langsam», sagt Roman Bolliger vom Initiativkomitee.

Auf wenig Verständnis von Seiten des Initiativkomitees stösst sodann die Aussage des Gemeinderates, wonach er die budgetierten Fördermittel anstelle der Initiative einsetzen wolle. Aus Sicht des Initiativkomitees ist es zur Achtung der demokratischen Grundrechte wichtig, dass wenn zwei Instrumente zusammen Sinn machen und nebeneinander verwirklicht werden können, deren parallele Einführung möglich ist und die Stimmbürger/innen über beides unabhängig voneinander abstimmen können. Auch bei Annahme der Initiative ist eine Nutzung der budgetierten Fördermittel möglich und sinnvoll. «Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass wenn das Stimmvolk dem Budget zustimmt, die budgetierten Fördermittel auch dann verwendet werden, wenn die Initiative angenommen wird. Dabei gibt es bei der Förderung noch Verbesserungspotenzial. Es wäre sinnvoll, die begrenzt vorhandenen Fördermittel gezielt in Fällen einzusetzen, in denen besondere Verhältnisse und damit Lücken in der kantonalen Förderung vorliegen, statt dass die Fördermittel nach kürzester Zeit ausgeschöpft sind und es so zu Ungerechtigkeiten kommt», sagt Roman Bolliger vom Initiativkomitee.

Jedenfalls braucht es aus Sicht des Initiativkomitees die Initiative weiterhin. «Eine zusätzliche Förderung bringt nur bedingt etwas. In vielen Fällen wird dies nichts daran ändern, dass manche Vermieterinnen und Vermieter oder manche Stockwerkeigentümer/innen nicht bereit sind, die Basisinfrastruktur fürs Laden zu installieren. So legt man denen, die ein Elektroauto kaufen wollen, weiterhin unnötig Steine in den Weg», teilt Roman Bolliger vom Initiativkomitee mit.

«Die Initiative bietet eine Lösung für ein dringendes ungelöstes Problem. Die Basisinfrastruktur in Sammelgaragen wird gemeinsam erstellt, über eine Ladestation entscheidet jede/r selbst. Das ist vernünftig und massvoll, verschafft Freiheit und hebt Sachzwänge auf, die denen im Weg stehen, die aus Eigeninitiative etwas Sinnvolles für den Klimaschutz machen wollen. Nur so sind wir genug handlungsfähig, um rasch und wirkungsvoll das Klima zu schützen.», sagt Roman Bolliger vom Initiativkomitee.